

28. März 2014

Positionierung der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand

Länderspezifische Empfehlungen: Richtige Schwerpunkte für deutsche Reformagenda setzen!

Das Europäische Semester einschließlich der länderspezifischen Empfehlungen etabliert sich zunehmend als Instrument wirtschaftspolitischer Koordinierung. Im Juni dieses Jahres wird die Europäische Kommission erneut länderspezifische Empfehlungen vorlegen.

Diese länderspezifischen Empfehlungen können jedoch nur dann tatsächlich zielführend sein und einen Beitrag zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit leisten, wenn sie auf die spezifischen Gegebenheiten sowie Herausforderungen in den jeweiligen Ländern ausgerichtet sind und bei ihrer Umsetzung tatsächliche Wettbewerbsschwächen angegangen werden. Diesen Erfordernissen wurden sie – bezogen auf die bisherigen Empfehlungen für Deutschland – nach Einschätzung der in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand kooperierenden Verbände nicht hinreichend gerecht.

Wir, die benannten Verbände, repräsentieren den Leistungskern des Wirtschaftsstandorts Deutschland. In dem beigefügten Leitbild „Was uns stark macht“ zeigen wir auf, dass und warum unsere Mitglieder die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entscheidend prägen.

Unternehmerische Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit sind auch in Deutschland das selbstverständliche und originäre Fundament des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands. So erfolgreich kann der Mittelstand in Deutschland jedoch nur deshalb sein, weil ihm gewachsene institutionelle Strukturen zur Seite stehen, die seine Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft in besonderer Weise stärken.

Dies gilt beispielsweise und insbesondere für die tragende Rolle der beruflichen Ausbildung im Rahmen des Dualen Systems, für die hohe Bedeutung der Kammern als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft oder für die spezifische, langfristig orientierte Finanzierungskultur auf der Grundlage der Drei-Säulen-Struktur der Kreditwirtschaft. Diese Strukturen stellen im europäischen Vergleich oft Alleinstellungsmerk-

male dar und unterscheiden sich vom institutionellen Umfeld in anderen Ländern teilweise deutlich.

Die Bedeutung des spezifischen Umfelds für die Leistungsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland wird im Ausland häufig verkannt. Teilweise wird es von dort sogar als Strukturhemmnis gebrandmarkt. Seinen jüngsten Erfolgstest hat es im Zuge der globalen Finanz- und der europäischen Staatsschuldenkrise gleichwohl eindrucksvoll bestanden. Zum Teil dienen in Deutschland bewährte Strukturen Nachbarstaaten zwischenzeitlich denn auch als Vorbild für eigene institutionelle Reformen.

Weitere institutionelle Modifizierungen, wie sie bisher wesentliche Elemente der länderspezifischen Empfehlungen waren, werden für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands allenfalls geringe Vorteile bringen, sofern sie nicht sogar zu Lasten dieser Wettbewerbsfähigkeit gehen. Wesentlich zielführender ist nach unserem Dafürhalten stattdessen, die wirtschaftspolitische Agenda auf Punkte zu konzentrieren, die einen tatsächlichen Wachstumsbeitrag ermöglichen:

Langfristiges Wirtschaftswachstum ist ohne Investitionen nicht möglich. Dies gilt umso stärker, je deutlicher sich das Erwerbspersonenpotenzial im Zuge des demographischen Wandels verringert. Nicht zuletzt deswegen ist wichtig, dass die Investitionstätigkeit in Deutschland, privat wie auch öffentlich, auf ein höheres Niveau gehoben wird.

Sowohl im internationalen als auch im historischen Vergleich entwickeln sich die Investitionen in Deutschland seit geraumer Zeit vergleichsweise schwach. In der Folge veraltet der Kapitalstock sowohl im Bereich der Produktionsanlagen und der Bauten als auch in der öffentlichen und hierbei nicht zuletzt der Bildungs-Infrastruktur und den öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsnetzen. Wieder steigende Investitionen in Deutschland selbst sichern die Wachstumspotenziale und tragen dazu bei, den Leistungsbilanzüberschuss zu verringern. Damit leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag für wirtschaftliche Prosperität in der Europäischen Union insgesamt.

Die Europäische Kommission selbst weist in ihrem Prüfbericht vom 5. März 2014 darauf hin, dass Deutschland mehr Anstrengungen bei den Investitionen unternehmen sollte. Die Bundesregierung sieht in der Stärkung der Investitionen ebenfalls einen wichtigen Schwerpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik. Mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2014 und dem Nationalen Reformprogramm benennt sie wichtige Ansatzpunkte für die Reformagenda Deutschlands, nämlich die Stärkung derjenigen Bereiche und Faktoren, die Innovationen und damit künftiges Wachstum schaffen.

Unter diesem Blickwinkel haben die in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand kooperierenden Wirtschaftsverbände drei prioritäre Herausforderungen identifiziert, deren Bewältigung originär dazu beitragen kann, die Investitionsdynamik in Deutschland wieder zu erhöhen und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Diesen drei Herausforderungen sollte auch in den anstehenden länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland besonderes Augenmerk geschenkt werden:

1. Günstige Rahmenbedingungen für private Investitionen schaffen

Die Unternehmensinvestitionen in Deutschland entwickeln sich derzeit nicht entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten. Zwar konnten nach dem Krisenjahr 2009, in dem die privaten Ausrüstungsinvestitionen um nahezu 24% einbrachen, zum Teil spürbare Zuwächse erreicht werden. Der Investitionsstand des Jahres 2008 könnte gleichwohl bisher nicht wieder erreicht werden.

Die traditionellen Umfragen der in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand kooperierenden Verbände zu Jahresbeginn 2014 zeigen, dass seitens der Unternehmen die aktuelle Wirtschafts-, Sozial- und Energiepolitik als Risiken für die geschäftliche Entwicklung wahrgenommen wird. Diese Risiken stehen einem stärkeren Anstieg der Investitionsabsichten der Unternehmen entgegen. Angesichts dessen steht die Politik vor der zentralen Herausforderung, die Rahmenbedingungen für private Investitionen so attraktiv und verlässlich zu gestalten, dass in Deutschland wieder verstärkt Unternehmensinvestitionen erfolgen.

Hierzu gehört unter anderem die Sicherstellung einer störungsfreien Unternehmensfinanzierung. Im größten Teil der Fälle beruht die Investitionsfinanzierung im deutschen Mittelstand auf dem klassischen Kredit seitens der jeweiligen Hausbank vor Ort im Rahmen langfristiger Finanzierungsvereinbarungen. Die Finanzierung über alternative Kanäle außerhalb des Bankensystems ist im Vergleich hierzu in vielen Fällen zu teuer und oft zu unsicher. Zudem ist mittelständischen Unternehmen der direkte Zugang zum Kapitalmarkt in den seltensten Fällen möglich.

Gerade auch junge und innovative Unternehmen profitieren von der (Kredit-) Finanzierung insbesondere seitens der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken. Besonders die regional vernetzten Banken sind durch die langjährigen Geschäftsbeziehungen zu den Kunden vor Ort in der Lage, die bei Neugründungen – aber auch bei Übernahmen – wichtigen „weichen“ Faktoren adäquat zu bewerten.

Seitens der Politik muss dafür Sorge getragen werden, dass die kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Investitions- und Innovationstätigkeit nicht durch institutionelle Überregulierungen behindert werden. So darf die bewährte Langfristorientierung der Investitionsfinanzierung bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht nicht in Frage gestellt werden. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Bankenunion nicht zur Belastung gerade der Strukturen der Mittelstandsfinanzierung in Deutschland wird, die sich in der Finanz- und der Staatsschuldenkrise als höchst stabil erwiesen haben.

Steigende Kosten und regulatorische Unsicherheit im Ergebnis der bisherigen Ausgestaltung der Energiewende bremsen zwischenzeitlich zunehmend die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Deutschland. Nicht nur bei der derzeitigen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), sondern bei der Fortführung der Energiewende insgesamt muss daher größter Wert auf eine verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Energiepolitik gelegt werden. Versorgungssicherheit und konkurrenzfähige Energiepreise sind gravierende Standort- und damit auch Investitionsfaktoren.

Bisher wurde bei der Energiewende der Erhöhung der Energieeffizienz noch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt. Zusätzliche Anreize für energieeffizientes Bauen und Sanieren im privaten und im gewerblichen Bereich können über die positiven Klimaschutzeffekte hinaus beträchtliche Investitionsimpulse freisetzen und den Kapitalstock in Deutschland modernisieren helfen.

2. Durch Investitionen in Bildung und Infrastruktur die Zukunftsperspektiven stärken

Die Investitionsschwäche im öffentlichen Sektor ist seit 2003 augenscheinlich. Deutschland zehrt von seinem öffentlichen Kapitalstock – die Substanz nimmt ab; pro Jahr im Schnitt um etwa 5 Mrd. Euro. Dies ist umso fataler, als öffentliche Infrastruktur-Investitionen vielfach erst die „Produktionsvoraussetzungen“ für den privaten Bereich und damit ein wichtiges Fundament für eine prosperierende Wirtschaft sind.

Die von der neuen Bundesregierung bis 2017 geplanten Investitionen im Bereich Schulen, Hochschulen und Kinderbetreuung in Höhe von 6 Mrd. Euro sowie die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur des Bundes in Höhe von 5 Mrd. Euro weisen zwar in die richtige Richtung. Die tatsächlichen Herausforderungen erfordern jedoch weitergehende Aktivitäten und umfassenderen Mitteleinsatz:

Bildung ist und bleibt der zentrale Wachstumsrohstoff Deutschlands. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen das fachlich-berufliche Wissen und die technischen, kreativen und sozialen Kompetenzen der hier lebenden Menschen gesichert bleiben und weiter ausgebaut werden. Bund und Länder stehen – bei jeweils klar abgegrenzten Verantwortungsbereichen – in der gemeinsamen Verantwortung, das Bildungssystem in Deutschland weiter zu verbessern und zwischenzeitlich erkannte Schwächen zu korrigieren.

Das setzt zusätzliche Investitionen in die öffentliche Bildungsinfrastruktur – nicht zuletzt in deren Leistungsqualitäten – ebenso voraus wie die Sicherung und weitere Stärkung der dualen Berufsausbildung, deren besonderer Wert und Beitrag zur gerade auch internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft zwischenzeitlich zunehmend auch in anderen Ländern erkannt wird.

Hinsichtlich der Hochschulförderung sollte die neue Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass die 2017 auslaufende Initiative zur Hochschulförderung nicht ersatzlos wegfällt, sondern die Förderung des Bildungsstandorts Deutschland aufrechterhalten wird. International anerkannte Hochschulen können auch für ausländische Unternehmen Anreize darstellen, in Deutschland zu investieren. Hiervon profitieren in der Folge auch bereits in Deutschland angesiedelte Unternehmen.

Die Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur für Kinder bleibt eine notwendige Voraussetzung für die - nicht nur angesichts der demographischen Entwicklung - sinnvolle und angestrebte Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen.

Im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur ist über die aktuellen Planungen der Bundesregierung hinaus ein trägerübergreifender, das gesamte Straßennetz von Bund, Ländern und Kommunen umfassender Ansatz nötig. Dies muss durch ein ganzheitliches Finanzierungskonzept unterfüttert werden, das zu einer nachhaltigen Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur führt.

Auch Schifffahrtswege und Seehäfen sind für Deutschland als Logistikkreuzung zentrale Elemente der Verkehrsinfrastruktur. Dringend anstehende Modernisierungen wie z.B. im Hinblick auf den Nord-Ostsee-Kanal dürfen nicht weiter aufgeschoben werden.

Die Energiewende am deutschen Strommarkt erfordert rasche und umfängliche Investitionen in den Ausbau, die Modernisierung und die Flexibilisierung der Netzinfrastruktur. Dabei sind auch neue Formen der Finanzierung des Netzausbaus zu prüfen. Die Sanierung öffentlicher Gebäude kann einen wichtigen Klimaschutzpoli-

schen Beitrag leisten und in den öffentlichen Haushalten mittelfristig zu Haushaltsentlastungen führen.

Die flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigen Internetverbindungen muss zügig sichergestellt werden. Soweit wie möglich sollte dabei auf privatwirtschaftliche Initiative gerade auch in der jeweiligen Region und damit auf Wettbewerb gesetzt werden.

3. Kommunale Investitionsschwäche überwinden

Die Investitionslücke im Bereich der öffentlichen Hand besteht größtenteils auf kommunaler Ebene. Dabei tätigen in Deutschland Städte und Gemeinden etwa 60% aller öffentlichen Investitionen. Die unmittelbare Finanzverantwortung für die Kommunen liegt zwar bei den Ländern. Der Bund nimmt jedoch durch die Festlegung von Pflichtaufgaben (insbesondere im Bereich Soziales) und mittels Vorschriften für Verwaltungsprozesse auf der einen sowie der Steuergesetzgebung auf der anderen Seite substanziellen Einfluss auf die Finanzierungssituation der Kommunen.

Zwar weisen die Kommunen in den letzten Jahren insgesamt wieder einen positiven Finanzierungssaldo aus. Eine spürbar größere Investitionsdynamik ist hieraus bisher jedoch noch nicht erwachsen. Nach aktuellen Prognosen der kommunalen Spitzenverbände wird im Jahr 2016 trotz gewisser Wiederbelebung der Investitionstätigkeit erst wieder das Niveau des Jahres 2011 erreicht.

Die Situation ist dabei regional höchst unterschiedlich. Während die Kommunen in wirtschaftlich starken Ballungsräumen finanziell zumeist recht gut dastehen, weisen vor allem Kommunen in strukturschwachen Gebieten Finanzierungsprobleme auf – gerade dort, wo Infrastrukturinvestitionen am dringendsten benötigt werden. Diese auch regionalpolitisch bedenkliche Entwicklung kann nur mit hinreichender Unterstützung des jeweiligen Bundeslandes umgekehrt werden.

Die seitens der neuen Bundesregierung vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen für Kommunen erscheinen geeignet, deren Finanzierungssituation und damit ihre Investitionsbedingungen zu verbessern. Diese Entlastungsmaßnahmen müssen möglichst zügig umgesetzt werden und bei den Kommunen auch tatsächlich ankommen.